

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: 70 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1,50 M., auswärts 1,75 M. Anzeigen unter 200 M., auswärts 4.— M. Kleinanzeigen Familienanzeigen 0,50 M. Geschäfts-Verkaufsanzeigen und Wohnungs-Anzeigen 0,50 M. Kleinanzeigen pro Wort 0,50 M., das feste Wort 1,00 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 3652.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hirschstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, und durch alle Anzeiger zu beziehen. Einzelheft 1,50 M., monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 19,50 M.

Schwarze Tage für Valutaspekulanten.

Hilfe, die Mark steigt!

Die Berliner Abendblätter vom Donnerstag bieten nebeneinander gelegt, einen ziemlich toten Anblick. Alle melden sie an hervorragender Stelle, in auffallendem Druck, die neueste Senktion der Börse, einen katastrophalen Sturz des Dollars. Aber alle melden sie etwas anderes. Bei dem einen steht der Dollar noch auf 210, bei dem anderen auf 190, bei dem dritten auf 187, bei dem vierten auf 184, bei dem fünften auf 198 Mark. Der Leser muß sich denken, daß die Welt verrückt geworden sei, aber die Sache erklärt sich ungemein einfach. Die Berliner Abendblätter werden in der Zeit zwischen 1 Uhr und 1/2 Uhr nachmittags ausgedruckt. Innerhalb dieser Stunden vollzog sich aber die Bewegung an der Börse. Infolgedessen hat ein Abendblatt, das zwanzig Minuten später gedruckt wurde, als das andere, auch schon wieder einen anderen Kurs. Um 10 Uhr vormittags hatte der Dollar 205 Mark gekostet, um 1/2 Uhr war er auf 183 herabgesunken, um 2 Uhr aber auf 198 wieder hinaufgeleitet. Auch mit diesem Betrag blieb er viel niedriger, als er den ganzen November über gewesen war.

Die Börse bezeichnet diesen Donnerstag als einen schwarzen Tag. Denn wenn die Mark steigt und der Dollar fällt, dann bleibt die Mark mit ihrem Aufstieg allein, mit dem Dollar fallen aber fast alle anderen Wertpapiere, fremde Banknoten, Bank-, Industrie-Aktien usw. Wer am Mittwoch deutsche Papiere besaß, wurde am Donnerstag — man kann allerdings nicht wissen, für wie lange — reicher, wer aber Aktien und fremde Banknoten in seinem Kassenschrank hatte, der wurde um vieles ärmer. Am schwersten getroffen sind die berufsmäßigen Spekulanten, d. h. diejenigen unter ihnen, die sich verspekuliert haben, die vor ein paar Tagen Industriepapiere und fremde Banknoten gekauft haben, in der Hoffnung, sie demnächst teurer verkaufen zu können und die sie jetzt mit gewaltigem Verlust wieder abstoßen müssen. Das sind, wie in solchen Fällen gewöhnlich, die kleineren, die größeren hatten schon rechtzeitig gemerkt, wie der Wind weht, und sich vorsichtig von dem Geschäft zurückgezogen.

Die Börse als solche bot das Bild einer Panik. Man wurde blaß, man ging zu Angstverkäufen über, man wünschte sich den kalten Schweiß von der Stirn. Warum? Weil sich herausgestellt hat, daß das Geld unseres Vaterlandes wertvoller ist, als man in den letzten Tagen angenommen hatte. Weil die Finanzkraft des geliebten Vaterlandes doch noch nicht so ganz auf dem Hund ist, wie man gehofft hatte.

Was sich am Donnerstag ereignet hat, war aber immer nur erst ein ganz kleiner Erdstoß. Die Massen des deutschen Volkes werden von ihm kaum berührt werden. Wenn sich der Kurs der Mark auf dem Stand vom Donnerstag dauernd halten wollte oder wenn er langsam und bedächtig noch höher gehen wollte, bis zu einem Punkt, an dem er stehen bleibt und von dem er sich nicht mehr herunterbringen läßt, so wäre das ein großer Vorteil. Denn die Einfuhr ausländischer Lebensmittel und Rohstoffe würde dadurch erleichtert werden, die Steuerlast würde nicht weiter gedreht zu werden, die ganze deutsche Volkswirtschaft würde wieder in eine gewisse Gleichgewichtslage geraten. Arbeiter und Angestellte könnten sich dann entweder mit ihren Löhnen und Gehältern bescheiden oder ihre Erhöhung anstreben, ohne erwarten zu müssen, daß diese Erhöhung in 14 Tagen schon wieder durch eine neue Geldentwertung weitgemacht werden wird. Ein Bild, fast zu schön, um wahr zu sein!

Wenn aber die Mark, statt langsam zu steigen und dann stehen zu bleiben, springt und fällt, wenn sie in plötzlichen Emporschnellen des Wertes der Mark birgt die Gefahr einer neuen Entwertung in sich. Aber selbst wenn diese nicht eintritt, kann ein zu rasches Emporgehen gefährlich werden. Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, daß die Arbeiter an den Gewinnen des Kapitals nur langsam Anteil in Form von Löhnen und relativ gut bezahlter Beschäftigung erhalten. Verluste, die der Kapitalismus erleidet, werden den Arbeitern dafür desto schneller in Form von Lohnraub und Arbeitslosigkeit fühlbar. Käme es im Auf und Ab der Spekulation zu großen Zusammenbrüchen oder würden

durch ein plötzliches Emporschnellen der Mark die Exportmöglichkeiten eingeengt, so wären die traurigsten Folgen für die Masse der Arbeiter und Angestellten gegeben. Die Tscheko-Slowakei hat in der letzten Zeit eine sprunghafte Höherbewertung ihres Zahlungsmittels, der Krone, auf dem Weltmarkt erlebt, und sie hat wenig Freude daran gehabt.

Die Massen sind aber durch die kampfartige Entwicklung der Devisenkurse nicht nur als Erzeuger, sondern auch als Verbraucher bedroht. Der Sturz der Mark in ihrem Verhältnis zu den ausländischen Zahlungsmitteln hat sich sehr rasch in einer allgemeinen Verteuerung des gesamten Lebensbedarfs ausgewirkt. Die Preise der Importwaren steigen und ziehen alle übrigen Preise nach sich. Die Erfahrung lehrt, daß solche allgemeine Preissteigerungen leichter erfolgen, als daß sie wieder rückgängig gemacht werden können. Darin liegt eine Mahnung an den Staat, allen überreifen Preissteigerungen, die aus einer veränderten Bewertung der Mark abgeleitet werden, nach Kräften entgegenzuwirken. Wenn wir unseren Lebensbedarf nach dem tiefsten Kurs bezahlen sollen, den die Mark jemals erreicht hat, während uns ein Steigen der Mark Export- und Arbeitsmöglichkeiten verringert, so gibt das eine Katastrophe.

Jetzt sind es nur die verunglückten Spekulanten, die in den Ruf ausbrechen: „Hilfe, die Mark steigt!“ Es wäre eine graufige Tragikomödie, wenn die arbeitenden Massen eines Tages in diesem Ruf mit entstimmen müßten!

Moratorium oder langfristige Anleihe?

London, 1. Dezember. Wie Reuters erfährt, ist man im Schatzamt noch immer mit der Frage der Reparationszahlungen Deutschlands beschäftigt. Sobald der jetzt der Erwägung unterliegende Plan, der ein Moratorium und einen dem Termenulischen Schema ähnlichen Vorschlag einschließt, in endgültiger Fassung aufgesetzt und für die Beratung fertig ist, wird das Kabinett zusammentreten, um die Vorschläge eingehend zu erörtern. Lloyd George nimmt regen Anteil an den Bemühungen zur Herbeiführung einer betriebigen Lösung der Schwierigkeit. Wenn es ihm möglich ist, ungefähr Mitte Dezember nach Washington zu reisen, hofft er, dann mit Präsident Harding zu verhandeln und ihm das Ergebnis der Erwägungen der Regierung und auch das Ergebnis der Besprechungen der letzten Tage in greifbarer Form vorlegen zu können. Es ist jetzt nicht unwahrscheinlich, daß Lloyd George mit Rathenau zusammentreffen wird, obwohl der Ministerpräsident mit den Anhängern Rathenaus schon durch Vermittelung des Schatzkanzlers Horne genügend bekannt geworden ist.

London, 1. Dezember. Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ teilt mit, die Ansicht gehe jetzt dahin, daß ein Moratorium nicht der beste Ausweg aus der Schwierigkeit sei. Die Sachverständigen seien für eine langfristige Anleihe, die ausgeben werden soll in Form von Obligationen, die vom Völkerverbund garantiert, in 30 oder 40 Jahren rückzahlbar seien. Die Bezahlung der Reparationen durch solche langfristigen Obligationen würde nicht den Nachteil haben, den Wechselkurs in Mitleidenschaft zu ziehen.

Rathenau in London.

Obwohl die Berichte über die Verhandlungen Rathenaus in London, wenn auch nicht gerade optimistisch, immerhin aber zuversichtlich lauten, sucht die rechtsgerichtete Presse den offiziellen Schritt der Reichsregierung zur Erlangung von Krediten bereits jetzt als erledigt hinzustellen. Was hinter dieser deutschnationalen Taktik steckt, ist leicht zu erklären: Der Meid, daß es der Regierung demnach gelingt, über die jetzigen Schwierigkeiten hinwegzukommen, und die Sorge um den Verlust nichtswürdigen Agitationsmaterials. Wir haben heute kein Bedürfnis Optimismus zu predigen, stellen aber nach Mitteilungen von gut unterrichteter Seite fest, daß die Verhandlungen in London große Aussicht auf Erfolg haben, und nach Erledigung der Januar- und Februarraten, für die England Vorstöße leisten wird, mit einer mehrjährigen Stundung der Reparationszahlungen zu rechnen ist.

Die am 1. Dezember fälligen 91 Millionen Goldmark sind bisher noch nicht bezahlt worden. Zur Zeit verhandelt ein Bevollmächtigter der deutschen Regierung über die Erledigung dieser Reparationsverpflichtung noch in Paris.

Die Reparationskommission kommt wieder.

Genf, 1. Dezember. „Echo de Paris“ meldet, daß die alliierte Reparationskommission am Montag eine Vollsitzung in Paris abgehalten habe. Man setzte die Rückkehr nach Berlin auf den 12. Januar fest. Ferner sei beschlossen worden, auch für die am 15. April fällige Zahlungsrate keinen Ausschub an Deutschland zu gewähren, sofern die in Berlin vorzunehmenden neuen Erhebungen für die Auffassung der Kommission sprechen werden. Die nächste Forderung an Deutschland sei die Kontrolle der Notenausgabe durch die Garantiekommision.

Der Reichspräsident Genosse Ebert empfing am Donnerstag abend sämtliche Berliner Vertreter der ausländischen Regierungen.

Die Arbeitsmarktlage in Deutschland.

Die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen ist im Reiche für Oktober d. J. wieder um rund 34 000 zurückgegangen. Die Gesamtzahl der am 1. November noch unterstützten Erwerbslosen beträgt 151 871. Wenn auch diese Zahl nicht alle in Deutschland vorhandenen Arbeitslosen umfaßt, weil ein Teil der Arbeitslosen aus verschiedenen Gründen keine Unterstützung bezieht, so kann die monatliche Statistik über die unterstützungsberechtigten Erwerbslosen doch als Barometer für die Entwicklung der Arbeitsmarktlage betrachtet werden. Gehen die Zahlen herunter, so ist die Arbeitsmarktlage günstig; steigen sie, so ist das ein untrügliches Zeichen für die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Die jetzige Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen bestätigt, daß wir gegenwärtig in einer Zeit industrieller Konjunktur leben, die in den günstigsten Friedenszeiten nicht nachsteht. Auch die Arbeitslosenstatistiken der Gewerkschaften zeigen dasselbe Bild. Der Reichsburchschnitt ist hier für Oktober 1921 besser als in den günstigsten Friedensjahren. Er beträgt 12 Arbeitslose für das Hundert erfahrier Mitglieder. Die Andrangsziffer der Arbeitsnachweise ist deshalb erheblich zurückgegangen.

Diese an sich erfreulichen Zeichen gesteigerter wirtschaftlicher Tätigkeit dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gegenwärtige Hochkonjunktur leider nur eine vorübergehende Erscheinung sein wird. Die langsame und stetige Verbesserung der Arbeitsmarktlage seit April dieses Jahres, die in einzelnen Gewerben zu einem empfindlichen Mangel an Spezialarbeitern führte (Baugewerbe, Textilindustrie, Metallindustrie), droht trotz des erfreulichen Rückganges der unterstützten Erwerbslosen, bald ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die jetzige Hochkonjunktur ist eine Inusverfaß- und Einkundigungskonjunktur, veranlaßt durch die Entwertung der deutschen Mark. Sie findet ihre natürlichen Hemmungen in ihrem eigenen Ursprung, wenn die Industrien, die auf den Bezug von Auslandsrohstoffen angewiesen sind, bei der jetzigen Valuta nicht mehr die notwendigen Rohstoffe einkaufen können. Bereits jetzt ist aus den Berichten des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“, die vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung im „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ veröffentlicht werden, zu erkennen, daß für Monat November ein leichter Konjunkturrückgang eingetreten ist. Noch ist er nicht so stark, daß für den Monat November mit einem Anwachsen der Zahl der unterstützten Erwerbslosen gerechnet werden muß, denn den gesteigerten Arbeitsuchendenziffern der örtlichen Landarbeitsämter steht noch ein Rückgang an Arbeitsuchenden in den westlichen Landesarbeitsämtern gegenüber. Immerhin zeigen die Berichte, daß der Rückgang an unterstützten Erwerbslosen für November wesentlich geringer sein wird, wie in den beiden vorhergehenden Monaten. Und für die Monate Dezember, Januar und Februar wird mit großer Wahrscheinlichkeit mit einem Anwachsen des Arbeitslosenheeres gerechnet werden müssen.

Eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ist in den Landesarbeitsämtern von Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eingetreten. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist hier gestiegen; die Zahl der offenen Stellen zurückgegangen. Wenn das auch zum Teil in der fortgeschrittenen Jahreszeit seine Erklärung findet, weil die Beendigung der landwirtschaftlichen Arbeiten und die teilweise Einstellung von Bauarbeitern wegen Frostwetter ganz natürlich eine Erhöhung der Arbeitslosenzahlen bringt, so ist die Gesamtverschlechterung nicht allein auf diese alljährlich wiederkehrenden Erscheinungen zurückzuführen. Als ungünstiges Zeichen kommt hinzu, daß im Bezirk der Landesarbeitsämter Ostpreußen und Schlesiens seit mehreren Wochen von einer Verschlechterung der im übrigen Reich noch günstigen Arbeitsmarktlage für die Metallindustrie berichtet wird. Auch in der Textilindustrie, die im allgemeinen sehr gut beschäftigt ist und teilweise mit Doppelschichten und Überstunden arbeitet, sind Zeichen beginnender Verschlechterung der

Landbundagitation auf Staatskosten.

Aus Merseburg wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Im Regierungsbezirk Merseburg herrscht der deutchnationale Regierungspräsident v. Gersdorff. Sein Präsidium gleicht einem Stab deutchnationaler Agitatoren. Was von den Leuten des Herrn v. Gersdorff möglich gemacht wird, zeigt folgendes: Anfang Oktober d. J. ging fast allen Lehrern des Regierungsbezirks von der vorgelegten Dienststelle folgendes Zirkular zu: Landbund, Provinz Sachsen. Halle a. d. S., Frankfurt a. S., den 6. Oktober 1921. Fernsprecher 6758.

Landbundesamt Tagung. Am 18. Oktober 1921, vormittags 11 Uhr, zu Halle a. d. S., „Städtchöngenhau“, Frankfurterstraße 1.

- Tagesordnung: 1. Begrüßung der Versammlung durch Herrn Landrat a. D. Frhr. v. Wilmowski, Vorsitzender des Landbundes. 2. Rektor Hermann-Friedrichsdorf, M. d. D.: „Der gegenwärtige Stand der Landbeamtenselbstbestimmung im Parlament“ (Referat). 3. Hauptlehrer Uthardt-Bargwitz: „Die Forderung der Landbeamtenselbstbestimmung, insbesondere der Landlehrer und ihre Berechtigung.“ Diskussion usw.

Zu dieser deutchnationalen Parteiveranstaltung wurde, wie folgt, auf dem Dienstwege eingeladen. Die Verwendungsstellen für diesen Tag Urlaub erteilt wurde, sollten offensichtlich den Lehrern anheimfallen, was unangenehm ein Fernbleiben an „höherer Stelle“ ausfallen würde. Außerdem sind Befehle, die auf Kosten der verdammt Republik in ihren Amtsstuben geschrieben und auf ihre Kosten befördert werden, für den Landbund eine nette Erparnis. Verantwortlich für diese Schreibarbeiten zugunsten des Landbundes ist der Oberregierungsrat Hake, der das kaum zu unternehmen wagen würde, wenn Herr v. Gersdorff nicht einverstanden wäre. Die Tagung war nach solcher Vorbereitung natürlich fast besetzt, und groß war die Freude der Hake und Wilmowski über den gelungenen Streich. Die Referate waren Wulterhilds deutchnationaler Demagogie. Ein Lehrer der in der Diskussion es wagte, seinen hohen Vorgesetzten zu fragen, wie es möglich sei, daß zu einer derartigen Veranstaltung auf dem Dienstwege eingeladen wurde, wurde angeknurrert und — auf den Dienstweg verwiesen. Im Regierungsbezirk Merseburg sind also die seligen Zeiten des wilhelminischen Regiments dank der Tätigkeit des Herrn v. Gersdorff und seiner Gehilfen für die Lehrer wiederhergestellt; sie müssen frammischen und konfessanten-deutchnationale Geharnischung auf dem Dienstwege vorgelesen. Das Beamtenreferat hat Belächler eingelegt, aber der „Dienstweg“ der Herren v. Gersdorff-Hake bejagt reich und süßer wohl die Einladungen des Landbundes, auf Beschwerden reagiert er nicht!

Darum möchten wir von dieser Stelle aus an den neuen Kultusminister Dr. Böllig die Frage richten, wie er über die deutchnationale Methode denkt, nach welcher im Kreis Merseburg von Kreislehrern und Oberregierungsräten der Amtsinhaber geritten wird. Allerdings nicht nur in Merseburg. Im Magdeburger Bezirk sieht noch immer als Leiter des Schulwesens ein Dr. Dittmar, gegen den die Untersuchung über sein Verhalten im Kapp-Putsch gar nicht zum Tode kommen will.

Dr. Böllig wird es allein nicht schaffen können. Er sollte sich mit seinem Kollegen Geering in Verbindung setzen; denn mancherlei Dinge, die im Bezirk des Herrn v. Gersdorff vorgehen, spielen in beiden Ressorts. Die Kreislehrer wären bestimmt vorzuziehen, wenn sie an Oberregierungsrat Hake und Herrn v. Gersdorff nicht so verständnisvoll, manchmal auch mehr oder minder aktive Unterstützung fänden.

Der englisch-französische Gegensatz.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Der französische Ministerpräsident Briand wird heute Vormittag in Le Havre erwartet. Hierzu schreibt der „Clair“: „Lord George will Deutschland nachgeben. An Briand wird es sein, ihm kaltblütig zu widerstehen.“ Briand wird Frankreichs Retter oder Frankreichs Totengräber.“ Neben anderen diplomatischen Schwierigkeiten, die Briand in den kommenden Tagen zu überwinden hat, befindet sich insbesondere die Ratifikation des Finanzabkommens vom 13. August, die neuerdings wieder von der englischen Regierung verlangt worden ist. Es handelt sich hier um einen Vertrag zwischen Finanzministern der Entente, nach dem die von Deutschland gezahlte erste Milliarde an England und Belgien fallen soll. Bis jetzt hat der französische Ministerpräsident das Abkommen nicht anerkannt, im Gegenteil alle Versuche unternommen, um das Abkommen rückfällig zu machen. Aber alle Versuche mißlingen und jetzt zeigt sich, daß die Absicht Briands mit einer großen Seite, das Abkommen zu erledigen, nicht geübt ist, was dagegen die Differenzen vermehrt und zu der Angora- und der Abrüstungsfrage jetzt noch das Finanzabkommen das Verhältnis zwischen Frankreich und England gespannt hat. Englands Situation ist infolgedessen günstig, als sämtliche Verbündeten auf seiner Seite stehen.

Aus aller Welt.

Gefundene Frauenleiche. Aus Trebnitz (Mazl, Kreis Rebus) wird uns von einem Augenzeugen berichtet: Auf der Straße Berlin-Cüstrin dicht hinter der Station Trebnitz (Mazl) wurde heute früh auf dem Schienenwege die Leiche einer Frau entdeckt, die von einem Juge mitten entzweit geschnitten worden ist. Der Kopf und die unteren Extremitäten sind unversehrt. Es handelt sich nach den bei der Leiche befindlichen Papieren allem Anschein nach um eine Frau Julie Golditz aus Rebus. In ihrer Tasche wurde ein polnisches 500-Mark-Scheint, sowie 800 Mark in deutschem Papiergeld (lauter Fünfzigmarkstücke) und 1600 Mark polnisches Papiergeld (1 Tausendmarkstücke, 1 Fünfhundertmarkstücke und 1 hundertmarkstücke). Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. O. ist durch die Besondere Kriminalpolizei von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt worden. Nach dem ganzen Befund scheint es sich um einen Unglücksfall zu handeln.

Bestandteile Eierkuchen. Mehr als 22 000 Eier verzehrte seinerzeit der Händler Valentin Konrad von Würzburg für 120 Mark das Stück an badische Hühner, während er selbst nur 90 Pfennig bezahlt hatte. Das Würzburger Gericht verurteilte den Mann wegen Wuchers zu sechs Wochen Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe und Einziehung des dabei erzielten Gewinnes.

Der „Amerikaner“. Dem Marschall Koch ist auf seiner Ertrumpfung durch die Vereinigten Staaten eine besondere Ehre zuteil geworden. Er ist, französischer Botschafter zufolge, durch einen Indischerhelfer, den „Koten Tomahawk“, empfangen und eingeladen worden, mit ihm die Friedensfeier zu besuchen. Dabei hat er von dem Häuptling den Titel „Sündermörder“ erhalten.

Reizvolle Schmeichelei. 21 Jänner. Reizvolle Schmeichelei haben neun Schmeichelei in Frage von einer Sendung verschrieben. Das Schmeichelei-Referat erklärte wegen Unterschlagung auf 200 bis 500 Mark Geldstrafe.

Deutsch-dänische Dampfschiffe. Das Deutsch-Dänische Komitee zur Hilfeleistung für die Opfer des Oppauer Unglücks überwies dem Reichshilfsausschuß für Oppa durch den deutchnischen Gesandten in Kopenhagen einen weiteren Betrag von 350 010,10 Mark. Das Gesamtergebnis der bisher in Dänemark eingekommenen Spenden hat hiermit die Summe von 865 010,10 Mark erreicht. Ein Schiff für eine Krone. In der schwedischen Rüste war vor einiger Zeit ein russischer Segler „Hering“ auf Grund gestochen und gesunken. Das Wrack hat jetzt ein Voss für eine schwedische Krone gekauft. — Immerhin sind das fast 7000 Sowjetrubel. Sechs Jahre Voruntersuchung. Gegen den Frauenarzt Dr. Joachim in Berlin war im Jahre 1915 ein Verfahren wegen Abtreibung in einigen hundert Fällen eingeleitet worden. Es sind zu der Strafnache zahlreiche Zeugen und Sachverständigen vernommen worden. Dieser Prozeß stellt nun ein Unikum in der Kriminaljustiz dar, denn die Voruntersuchung hat sich von 1915 bis jetzt mit kurzer Unterbrechung im Jahre 1918 hingezogen, und zwar wurde sie zunächst bei dem Landgericht I und dann bei dem Landgericht II geführt. Die Durchführung des Aktenmaterials hat nun nichts Befriedigendes ergeben. Die Staatsanwaltschaft hat daher gemäß dem Antrage des Rechtsanwalts das Verfahren eingestellt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Reichsbahn und ihre Gegner.

Englisch und Abwehr. In letzter Zeit ist sehr viel über das Thema „Privatisierung“ der Reichsbahn geschrieben und geredet worden. Wir können heute feststellen, daß nicht nur die vom Minister berufenen Sachverständigen, sondern auch die Vertreter der Arbeiter und Beamten auf dem Standpunkt stehen, daß sofort eine Reform der gesamten Verwaltung nach modernen kaufmännischen und technisch-wirtschaftlichen Grundsätzen in Angriff zu nehmen ist. Diese Forderung wurde bereits am 18. März 1921 im Reichstag durch einen Antrag des Verfassers erhoben. Auch der Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrates hat einen Besonderen Arbeitersauschuß zur Prüfung von Denkschriften und Eingaben über Mängel usw. im Eisenbahnbereich eingesetzt. Die Pläne der Stinnesgruppe und sonstiger Interessenten auf Ueberführung der Reichsbahn in Privatbesitz bzw. auf Umformung in einen „gemischt-wirtschaftlichen“ Betrieb, sind durch die Entscheidung der Präsidien-Konferenz in München und des Sachverständigenrates beim Reichsverkehrsministerium keineswegs als erledigt zu betrachten. Täglich erfolgen neue Beschlüsse. Es erscheint notwendig, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß das Zentrum dieser Bestrebungen in Effen keinen Sitz hat. Stinnes sucht seinen Machtbereich zu erweitern. In diesen Tagen sind wieder neue Pläne der Stinnesgruppe bekannt geworden. Der Abgeordnete Hue hat im „Vorwärts“ vom 20. Oktober d. J. (Abendausgabe) unter dem Titel: „Anfragen an die Regierung“ einen Plan ausgedrückt, der darauf hinausläuft, die sehr umfangreichen Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen, die sich zurzeit in staatlichem und städtischem Besitz befinden, einem privatkapitalistischen Konjunktionsunternehmen zu übertragen. Das Reichsverkehrsministerium hat bereits am 1. November d. J. durch WTB die Antwort erteilt, daß das Reich nicht nur von derartigen Plänen nichts wisse, sondern ihnen sogar ablehnend gegenüberstehe, da, wie es in der Zukunft möglich ist, diese Zusammenhänge zwischen den Häfen einerseits, der Eisenbahn, dem Rhein-Herne-Kanal und dem Rhein andererseits zu verdeutlichen, ohne Benachteiligung irgendwelcher Verkehrs- und Wirtschaftszweige nicht möglich sein würde.“ Die Reichsregierung hat also diese „keinen“ Pläne unabweisend abgelehnt. Die preußische Regierung hat sich bis heute noch nicht zu dieser Angelegenheit geäußert. Es ist deshalb anzunehmen, daß sie diese Pläne kennt und auch billigt. Aus diesem Zwischenpiel ist zu ersehen, daß die privatkapitalistischen Interessenten nicht müßig sind und ganz systematisch und planmäßig auf ihr Ziel, die Reichsbahn in Besitz zu bekommen, losgehen. Wir werden die Bestrebungen der Stinnes- und Konjunktions- und ganz besonders der Effen Zentrale, die anscheinend durch die Handelskammer in Effen und deren Syndikus Dr. Quack unterstützt wird, scharf beobachten müssen, um ihren Bestrebungen rechtzeitig mit aller Energie entgegenzutreten zu können. Nicht nur die Handelskammer in Effen, sondern auch andere Handelskammern im Reich, die als berufene Vertretung einflussreicher Kapitalistenkreise anzusehen sind, arbeiten in dieser Richtung. So hat sich u. a. der Syndikus der Handelskammer in Frankfurt a. M., Professor Salomon, gelegentlich der Sitzung des Verkehrsbeirates im Reichspostministerium wie folgt geäußert: „Ich bin überzeugt, in einem Jahr haben wir die Reichseisenbahn-Affäre erledigt.“ Die Reichsregierung ist es ganz in Ordnung, daß man bei der Ueberführung der Reichsbahn in Privatbesitz nicht stehen bleiben kann. Man ist bestrebt, einen Machtbereich auch auf die Reichspost auszuweiten. So gab der Vertreter der Mainzer Handelskammer bekannt, daß die Direktion der großen Hattersheimer Werke sich ganz offen für eine Entkaufung der Post ausgesprochen habe. Derselbe Plan besteht bezüglich der staatlichen Bergwerke, wie sich aus einem Artikel der „Rheinischen Zeitung“ vom 6. Oktober d. J. ergibt. Diese Bestrebungen der Groß-Industrie stehen nicht im Einklang mit ihrem Kreditangebot an die Regierung, um die Bekräftigung der Sachwerte und Goldwerte abzumenden. Die Reichsbetriebe sollen anscheinend als Sicherheit für diese Kredite dem Privatkapital ausgeliefert werden. Die Gefahr ist also noch nicht abgewendet. Durch den Anfang Oktober im „Koten Tag“ veröffentlichten Artikel des früheren preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten, von Breitenbach, wurde ein wahres Trommelfieber der Stinnespresse auf die öffentliche Meinung eröffnet. Breitenbach stellte die Forderung auf, in eine Prüfung darüber einzutreten: 1. Ob die Reichseisenbahnen in die Privatwirtschaft mit der Ziele der Abbildung der Bestände und Erzielung von Erträgen zu überführen sind, und solchen Falles, 2. in welcher Form — Verkauf mit Rückkaufrecht, gemeinschaftlicher Betrieb oder Verpachtung — dieses zu erfolgen hätte. Sofort fiel der Chor der ganzen bürgerlichen Presse ein. Von der „Deutschen Tageszeitung“ bis zum letzten Kreisblatt pfanzte sich das Echo fort. In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 5. Oktober d. J. war u. a. folgendes zu lesen: „Der Begründung keines Verlangens legt Herr Dr. Breitenbach die Sinnlichkeit an Grunde, daß dem Privatkapital mit seiner Arbeit der Bewegung und seinem starken Interesse, sich selbst zu erhalten, auch die größere Fähigkeit innewohnt, einen großen Betrieb ausbringend zu verwalten.“ Die Deutchnationalen und die Deutsche Volkspartei, sowie mit ihnen verbundene Gruppen haben, nachdem sie nicht mehr die politische Macht allein besitzen, und nachdem die Eisenbahnen nicht mehr wie früher strategischen und militärischen Zwecken dienen können, kein Interesse mehr für einen reichsweiten Betrieb. (Schluß folgt.)

Reichskonferenz der am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften. Die hannoversche Bergarbeiter-Reichskonferenz letzte bekanntlich eine Lohnkommission der am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften für ganz Deutschland an, welche in gegebenen Momenten zusammen mit den Organisationsvorständen der Lohnfrage zu überprüfen hat. Schon in Hannover wurde der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes beauftragt, die Preis- und Marktverhältnisse im Auge zu behalten und nötigenfalls Lohnforderungen zu stellen. Anfang November wurden von den Bergarbeiterorganisationen Lohnforderungen gestellt, welche zu den bekanntesten Ergebnissen führten. Die veränderte Lohnlage macht nun auch eine Anpassung mit der Lohnkommission notwendig. Am Sonntag, den 21. November, trat diese in Bochum zusammen. Erhielten waren 55 Vertreter des Bergarbeiterverbandes, 6 Vertreter vom Metallarbeiterverband, Maschinenisten und Heizer waren durch 5 Vertreter, Fabrikarbeiter 3, Holzarbeiter 1 und Bauarbeiter 1 Vertreter. Zusammen waren 71 Vertreter aus den verschiedenen Berufsgruppen und allen Kreisen Deutschlands erschienen. Den Vorsitz führte der Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes Husemann. Vorstandsmittglied Schimidt vom Bergarbeiter-Verband gab einen kurzen Bericht über Einleitung, Gang und Verlauf der Lohnbewegung, worauf eine anregende Diskussion einsetzte, an der sich Vertreter aus fast allen Bergbaukreisen beteiligten. Die Aussprache war im allgemeinen zustimmend. Klagen wurden jedoch aus den wirtschaftlich schwachen Kreisen erhoben, die sich gegen die Arbeitgeber richteten. Diese versuchten die zentralen Lohnverhandlungen zu sabotieren, um ihre eigene Preis- und Lohnpolitik treiben zu können. Scharf hoben einige Redner hervor, daß wir vor gewerkschaftlichen Machtmitteln nicht zurückweichen dürfen, um nötigenfalls solche undsjig-plinierte Unternehmer zur Vernunft zu bringen. Die Aussprache fand in folgender Entschlieung ihren Niederschlag: „Die am 26. November in Bochum tagende Reichskonferenz der am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften stimmt den vorliegenden Lohnverhandlungsergebnissen zu. Um aber schließlich die wirtschaftlich schwächeren Kreise besser stellen zu können, müssen alle Bergbaukreise und Bergbauarten in den Rahmen der zentralen Lohnverhandlungen (traffer eingegliedert werden. Die fortwährend steigenden Preise der in- und ausländischen Waren werden die erfolgte Lohnhöhung fast wieder überflüssig machen. Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes wird deshalb beauftragt, mit den übrigen Organisationen der Kartellage zu beobachten und nötigenfalls mit neuen Lohnforderungen an die Unternehmerverbände heranzutreten.“ Diese Entschlieung wurde einstimmig angenommen.

Gemeindearbeiter und Magistrat. P. M. Die Breslauer Gemeindearbeiter haben beim Magistrat beantragt, ihnen die fälligen Lohnhöhungen, die vom 15. November ab bewilligt worden sind, mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober d. J. ab auszahlen. Sie berufen sich dabei auf die Lohnverhältnisse der Reichs- und Staatsarbeiter, die im November eine Lohnhöhung mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober an erhalten haben. Wie bekannt, hat der Magistrat diese Forderung abgelehnt und der städtische Schlichtungsausschuß Breslau-Stadt den Standpunkt des Magistrats als berechtigt anerkannt. Die Arbeiter haben sich indes bei diesem ablehnenden Schlichterspruch nicht beruhigt, sondern den Reichsarbeitsminister um Vermittlung angezogen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Arbeiter sich unbedingt an die tariflichen Instanzen zu halten hat, daß sie demgemäß den Zentral-Ausschuß in Berlin anrufen sollte und daß die Vermittlung des Reichsarbeitsministers unnötig wäre. Diese Auffassung ist auch den Vertretern der Gemeindearbeiter vom Oberbürgermeister und dem Arbeiter-Delegierten am Donnerstag ausdrücklich mitgeteilt worden. Die Vertreter der Gemeindearbeiter erklärten hierauf, eine Versammlung der städtischen Arbeiter am Freitag werde nochmals über diese Frage beraten und über die Anrufung des Zentral-Ausschusses entscheiden.

Verammlung der Schuhmacher.

In einer Versammlung für die im Schuhmachergewerbe beschäftigten Gehilfen gab Kollege Reiner einen Bericht über die Verhandlungen mit der Innung und bemerkte, daß nach eingehenden Besprechungen die Innung der eingereichten Forderung bis auf die Differenzierung des Alters zustimmte. Leider sind die Forderungen durch die Verzögerung bereits weit überhalet, der Mindestlohn beträgt jetzt 6,50 Mark und 5,80 Mark. Neben der Lohnverhöhung wurde auch der Abschluß eines Arbeitsvertrages mit den Bestimmungen über Ferien, Fortzahlung des Gehalts sowie Entschädigung für Heimarbeiter erreicht. In der Diskussion wurde bedauert, daß die neuen Lohnsätze erst ab 21. November gelten. Grundtätlich muß an der Forderung der Bezahlung nach dem Alter von über und unter 21 Jahren festgehalten werden, eine Forderung, die nur durch den festen Zusammenschluß aller der im Handwerk beschäftigten Kollegen erreicht werden kann. Die neuen Lohnvereinbarungen gelten ab 21. November für die vertraglich gebundenen Parteien. Unorganisierte haben keinen Anspruch auf die neuen Vereinbarungen. Tarife sind im Büro der Schuhmacher, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17, Zimmer 73, zu haben.

Streitigkeit im Freilegungsgewerbe.

Da bereits seit Anfang Oktober, um der allgemeinen Teuerung zu einem Teile Rechnung zu tragen, Verhandlungen über eine Lohnverhöhung zwischen dem Arbeitnehmer-Verband des Freilegungsgewerbes und dem Arbeitgeber-Korporationen geführt werden, sich die Arbeitgeberführer aber immer wieder auf den hohen Stuhl setzen und alles ablehnen, wurde in einer Mitglieder-Versammlung der Arbeitnehmer folgende Entschlieung einstimmig angenommen: „Die am 24. November 1921 im „Bürgergarten“ tagende Mitglieder-Versammlung des Arbeitnehmer-Verbandes des Freilegungsgewerbes nimmt Kenntnis von dem Bericht der Lohnkommission über die Verhandlung vor dem Vermittlungskommissionär zur Verbindlichkeitsklärung des Schlichterspruches vom 3. November, wonach sämtliche Löhne um 20 Proz. erhöht werden sollen. Mit Bedauern aber auch mit Enttäuschung nehmen wir von dem ablehnenden Verhalten der Arbeitgeberführer gegenüber dem Schlichterspruch Kenntnis. Die Versammlung ist überzeugung, daß dies nur Provokation bedeutet, zumal der größte Teil der Arbeitnehmer den durch Schlichterspruch festgelegten Lohn von 150—210 Mark pro Woche will. Die Arbeitgeberführer wollen die Gehilfenchaft in einen Streik treiben um dadurch 1. dem Publikum vorzumachen, daß eine Preisverhöhung durch die Lohnforderung der Gehilfen notwendig ist, 2. aber, um mit der Gehilfenchaft keinen Tarifvertrag mehr abzuschließen. Einem solchen Verhalten gegenüber erklären die Beammelten sich mit ganzer Kraft widersehen zu wollen, und beschließen den Vorstand, die Vorbereitungen zum Streik zu treffen. Falls eine zustimmende Erklärung von der Arbeitgeber-Korporation, sowie eine Verbindlichkeitsklärung bis zum 5. Dezember d. J. nicht erfolgt, soll eine entsprechende Lohnverhöhung gefordert werden. Leider werden durch diesen Beschluß auch ein Teil der anständigen Arbeitgeber getroffen, die müssen sich aber bei ihren Führern und bei solchen Arbeitgebern, die nur mit Bedingten arbeiten, weil diese ja bei einem Streik geschäftliche Vorteile haben, dafür bedanken. Weiter erklären die Beammelten, nicht eher den Kampf aufzugeben, bis alle Kollegen die 20 Prozent ab 1. November d. J. erhalten.“

Unsere Bilanz.

Es wurden an der Berliner Börse bezahlt:

	1. 12.	30. 11.
100 000 Reichsmark	183,51	184,77
1 000 000 Reichsmark	751,70	774,00
1 000 000 Reichsmark	11,93	11,93
1 000 000 Reichsmark	66,96	66,91
1 000 000 Reichsmark	23,48	23,48
100 Reichsmark	7,08	7,06
1 000 Reichsmark	2,00	2,00
1 000 Reichsmark	34,38	34,38

Reichskonferenz der am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften. Die hannoversche Bergarbeiter-Reichskonferenz letzte bekanntlich eine Lohnkommission der am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften für ganz Deutschland an, welche in gegebenen Momenten zusammen mit den Organisationsvorständen der Lohnfrage zu überprüfen hat. Schon in Hannover wurde der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes beauftragt, die Preis- und Marktverhältnisse im Auge zu behalten und nötigenfalls Lohnforderungen zu stellen. Anfang November wurden von den Bergarbeiterorganisationen Lohnforderungen gestellt, welche zu den bekanntesten Ergebnissen führten. Die veränderte Lohnlage macht nun auch eine Anpassung mit der Lohnkommission notwendig. Am Sonntag, den 21. November, trat diese in Bochum zusammen. Erhielten waren 55 Vertreter des Bergarbeiterverbandes, 6 Vertreter vom Metallarbeiterverband, Maschinenisten und Heizer waren durch 5 Vertreter, Fabrikarbeiter 3, Holzarbeiter 1 und Bauarbeiter 1 Vertreter. Zusammen waren 71 Vertreter aus den verschiedenen Berufsgruppen und allen Kreisen Deutschlands erschienen. Den Vorsitz führte der Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes Husemann. Vorstandsmittglied Schimidt vom Bergarbeiter-Verband gab einen kurzen Bericht über Einleitung, Gang und Verlauf der Lohnbewegung, worauf eine anregende Diskussion einsetzte, an der sich Vertreter aus fast allen Bergbaukreisen beteiligten. Die Aussprache war im allgemeinen zustimmend. Klagen wurden jedoch aus den wirtschaftlich schwächeren Kreisen erhoben, die sich gegen die Arbeitgeber richteten. Diese versuchten die zentralen Lohnverhandlungen zu sabotieren, um ihre eigene Preis- und Lohnpolitik treiben zu können. Scharf hoben einige Redner hervor, daß wir vor gewerkschaftlichen Machtmitteln nicht zurückweichen dürfen, um nötigenfalls solche undsjig-plinierte Unternehmer zur Vernunft zu bringen. Die Aussprache fand in folgender Entschlieung ihren Niederschlag: „Die am 26. November in Bochum tagende Reichskonferenz der am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften stimmt den vorliegenden Lohnverhandlungsergebnissen zu. Um aber schließlich die wirtschaftlich schwächeren Kreise besser stellen zu können, müssen alle Bergbaukreise und Bergbauarten in den Rahmen der zentralen Lohnverhandlungen (traffer eingegliedert werden. Die fortwährend steigenden Preise der in- und ausländischen Waren werden die erfolgte Lohnhöhung fast wieder überflüssig machen. Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes wird deshalb beauftragt, mit den übrigen Organisationen der Kartellage zu beobachten und nötigenfalls mit neuen Lohnforderungen an die Unternehmerverbände heranzutreten.“ Diese Entschlieung wurde einstimmig angenommen.

Elegante Damen

KOMBELLA „Creme Extra“ mit dem wundervollen Duft nach „Orchideen“ „Wilde Rosen“ „Springer“ oder „Fenchel“. Ueberall erhältlich!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 2. Dezember.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteifunktionäre!

Dienstag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal „Pratylawia“ (früher Czner) Mauritiustplatz 2: Versammlung aller Parteifunktionäre.

Die Tagesordnung, die morgen bekannt gegeben wird, ist sehr wichtig. — Alle Parteifunktionäre müssen erscheinen. Rednerkursus an diesem Tage fällt dieser Versammlung wegen aus.

Kommunal-Beamte! Heute Freitag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus 1. Etage, Zimmer 78: Versammlung.

Distrikt 4/5. Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8 Uhr: Sitzung der Funktionäre bei Wegke, Siebenhufenstraße 19. Ergehnen dringend notwendig.

Distrikt 11. Sonnabend, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre bei Sedert, Siedebrodstraße Nr. 1. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller unbedingt notwendig.

Abteilung Wöpelwitz. Heute abend 7 1/2 Uhr: Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Kuhl, Wöpelwitzstraße Nr. 31.

Das Markenbrot wird teurer!

Das Presseamt des Magistrats schreibt uns:

Die Preissteigerung auf allen Gebieten der öffentlichen und privaten Wirtschaft konnte auf die Gestalt der Preise für das Markenbrot naturgemäß nicht dauernd ohne Einfluss bleiben. Mit sie doch in gleichem Maße, wie die Preissteigerung anderer Waren, beeinflusst von den persönlichen und sächlichen Kosten, die heute in einer allgemeinen Inflationsbewegung begriffen sind. Auch im Bäckereigewerbe läßt sich eine Lohnsteigerung nicht mehr länger aufhalten, auch das Bäckereigewerbe wird von den erhöhten Preisen für Kohle, höheren Aufwendungen für Verkaufsstellen, Beleuchtung usw. betroffen. So war es nach dem übereinstimmenden Urteil aller in den zuständigen Ausschüssen vertretenen Sachverständigen und Verbraucher unumgänglich, die Preise für das Markenbrot einer Nachprüfung zu unterziehen, und es kam nur darauf an, die allseitig als notwendig erkannte Preissteigerung in erträglichen Grenzen zu halten. Das aber dürfte gelungen sein durch die Festsetzung des Preises für 1 Pfund Brot auf 1,95 Mark (bisher 1,80 Mark) und für eine 100-Gramm-Semmel auf 50 Pfg. (bisher 45 Pfg.).

Mit einer solchen Erhöhung, die am Montag, den 5. Dezember, in Kraft tritt und die bei dem Vierpfundbrot 60 Pfg. beträgt, wird man sich wohl abfinden können. Was die Semmel betrifft, so erscheint auch hier der neue Preis erträglich, besonders, wenn man bedenkt, daß dadurch einem lange begehrten Wunsch der Bevölkerung, wieder die 100-Gramm-Semmel zu erhalten, entsprochen wird.

Somit der Beruhigungsstand des Preisamtes, nach dem beinahe die Bevölkerung für die neue Verteuerung seines wichtigsten Lebensmittels noch dankbar sein muß. Wir haben erst kürzlich vor einer neuen Preissteigerung des Brotes, die aus all den obigen Gründen keineswegs gerechtfertigt ist, gewarnt. Der überspannte Bogen bricht. Man scheint diesen Zeitpunkt in Breslau nicht erwarten zu können.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Zwei letzte Aufführungen von „Das Gejeh“.

Am Montag und Dienstag finden die beiden vorläufig letzten Aufführungen des Volksdramas „Das Gejeh“ statt.

Alle diejenigen, die die vorhergehenden Aufführungen dieser sozialistischen Tragödie besucht haben und somit wissen, welchen Eindruck dieses Stück hinterläßt, bitten wir, in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis und besonders unter den Arbeitskollegen dafür zu werben, daß auch diese beiden Vorstellungen gut besucht werden.

Für die Betriebe sind noch einige Plakate im Zimmer 44 des Gewerkschaftshauses erhältlich.

Beethoven-Konzert.

Am nächsten Mittwoch ist das 4. Orchesterkonzert, ein Abend, der nur Werke von Beethoven — die 3. („Eroica“), Sinfonie, das Violinkonzert und die größte der von Beethoven komponierten Leonore-(Fidelio)-Opern enthält, bringt.

Karten zum Preise von 3 Mark sind sowohl für die „Gejeh“-Aufführungen, als auch für dieses Beethoven-Konzert in den bekanntesten Verkaufsstellen zu haben.

Weihnachts-Ausstellung.

Singewiesen sei heute kurz darauf, — morgen Ausführlicheres — daß am kommenden Sonntag um 10 Uhr unsere diesjährige Weihnachtsausstellung unter Bühnen und Bildern, kunstgewerblicher Erzeugnisse eröffnet wird, die durch die Mitwirkung unserer Handwerker- und Kunstgewerbeschule eine besondere Anziehungskraft haben dürfte. (Geöffnet Sonntags von 10 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends, wochentags von 5 bis 10 Uhr abends).

Einführung in Goethes Faust.

Dr. Ludwig Cohn wird in seinem eigenen Hörsaal, Viktoriastraße 104a, sechs Vorlesungen abhalten zur Einführung in das Werk „Faust“ von Goethe. Teil I und II. Die Vorlesungen beginnen heute abend um 8 Uhr. Karten zum Preise von 12 Mark für den Zyklus werden im Vortragssaal ausgegeben.

Die Arbeit des Schlichtungsausschusses.

—m Bei dem Schlichtungsausschuß der Stadt Breslau gingen im Laufe des Monats Oktober an Kollektivstreitigkeiten 44 neue Fälle ein, während weitere 49 Sachen als erledigt aus dem Vormonate übernommen und 6 frühere Anträge wieder aufgenommen wurden. Von den neuen Anträgen wurden 2 auf Veranlassung von Arbeitgebern und 42 auf Veranlassung von Arbeitnehmern aufgenommen. Erledigt wurden 44 Sachen und zwar 3 binnen drei Tagen, 8 binnen einer Woche, 18 binnen zwei Wochen und 17 binnen längerer Zeit. Ueber Einzelfälle wurde während des gleichen Zeitraumes in 251 Fällen entschieden, bei denen es sich bei 8 Sachen um Anträge auf Wiederbeschäftigung, bei 210 um solche auf Weiterbeschäftigung und bei 13 um Verchiedenes handelte.

• Strafgeld bei unwilligen Feuerwehralarmierungen. Der Magistrat hat beschlossen, bei unwilligen Alarmierungen der Feuerwehr künftig von den Tätern für entstandene Kosten einen Pauschalbetrag von 400 Mark, sowie die etwa gezahlte Belohnung für Ermittlung der Täter einzusetzen. Bei unwilligem Feuerwehralarm erhöhen sich die Kosten um das Vierfache.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die Wichtigkeit der gestrigen Sitzung entsprach ihrer längeren Dauer. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Genosse Richter vertrat, verlangte vom Magistrat, logisch mit den Organisationen der Landwirte zwecks Lieferung von Kartoffeln zu angemessenen Preisen für die ärmere Bevölkerung in Verbindung zu treten. Stadtrat Tilgner verwies auf die bisherigen Bemühungen des Wohlfahrtsamtes und wird sich dem angenommenen Antrage entsprechend weiter bemühen. Genosse Darf begründete eine sozialdemokratische Anfrage, was der Magistrat zu tun gedenke, um die Not der Erwerbslosen zu lindern. Stadtrat Prescher verwies auf die beschlossenen Maßnahmen. Vom Reichs erwartet er die notwendige Erhöhung der Unterstützungssätze. Den langfristigen Erwerbslosen soll zu Weihnachten nochmals eine besondere Unterstützung zuteil werden. Auch sei man bemüht, bei weiterem Anhalten der Kälte die Kosten für die Notleidenden zu verbilligen, und mit den Gewerkschaften habe man Fühlung genommen, um eine Preiskontrolle gegen den Wucher durchzuführen.

Bei der Vorlage zur Aufnahme einer Anleihe von 27 Millionen für den Wohnungsbau tritt der deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Sujalowsky eine Attade gegen die Zwangswirtschaft der Wohnungen. Den Hausbesitzern will er in der Festlegung der Mieten völlig freie Hand lassen. Herr Herschel vom Zentrum nahm Anstoß am Abstimmentage im Baugewerbe, weil Mangel an Bauarbeitern herrsche, und zu wenig Wohnungen fertig werden. Genosse Stope wies die Ansichten der beiden Herren zurück. Genosse Kötter dagegen baute Herrn Herschel eine gangbare Brücke, die dieser auch sofort betrat, indem er darauf hinwies, daß im Baugewerbe schon jetzt Überstunden gemacht werden, die zur rascheren Behebung der Wohnungsnot beitragen.

Auch eine Theaterdebatte gab es noch, nach deren Abschluß der Antrag des Genossen Bandmann angenommen wurde, wonach die Preise für die Volksorchesterleistungen im Stadttheater nicht erhöht werden.

Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Marktallbetriebes

hatte der Magistrat vorgeschlagen, daß ein auswärtiger Sachverständiger nach Breslau gerufen werde sollte. Stadtrat Reichelt (Soz.), der die Vorlage zu vertreten hatte, empfahl, davon Abstand zu nehmen und die Kosten in der Höhe von 5000 Mark zu sparen. Eine Prüfung könne auch von Breslau aus erfolgen. Der Marktallbetrieb, der gar nicht wirtschaftlich sein kann, würde, wenn er wirtschaftlich gemacht werden sollte, Arbeiter entlassen müssen. Die Reinlichkeit auf den Straßen lasse aber schon jetzt zu wünschen übrig.

Stadtrat Wolf (Dem.) betonte, daß er die Prüfung durch auswärtige Sachverständige für nötig halte und sie auch für andere Verwaltungen zweckmäßig halte. Ein auswärtiger Prüfer könne das vorurteillosler. Er wies bei der Wirtschaftlichkeit der Betriebe auf die Betriebswerke hin, die zum Ausarbeiten der Reste 40—45 neue Beamte einstellen müssen. Unter diesen Umständen sei es, wenn wirtschaftlich gearbeitet würde, besser, auf die Einziehung der Reste zu verzichten.

Oberbürgermeister Dr. Wagner teilte mit, daß der Magistrat die Absicht habe, die Prüfungen durch auswärtige Sachverständige auch besonders bei den Betriebswerken vornehmen zu lassen. Wenn es sich herausstelle, daß die Marktallverwaltung unrationell arbeite, werde man auch Arbeiter entlassen müssen. Auch auf Beamte müsse diese Prüfung ausgedehnt werden.

Stadtrat Dr. Wöhlauer (Dem.) erklärte, daß alle Kontrolle nichts nütze, wenn sich, wie bisher, die einzelnen Reklams gegenständig Schwierigkeiten machen.

Die neue Vergütungssteuer.

die den Gemeinden die Möglichkeit gibt, in besonderen Steuerordnungen Änderungen der Steuerhöhe nach den örtlichen Verhältnissen vorzunehmen, wurde mit einigen Abänderungsvorschlägen der Ausschüsse I und II mit 92 Stimmen einstimmig angenommen. Die neue Steuer erfährt u. a. Theater, Konzerte, Vorträge, Kinovorstellungen, Zirkus, Varieté, Tanzbelustigungen, sportliche Veranstaltungen und Volksbelustigungen aller Art. Eine längere Aussprache gab es dabei nur um die Durcharbeitung der Bestimmungen durch den deutschen Sprachverein, die nach Genehmigung der Vorlage geschehen sollte. Die an heiteren Augenblicken reichen Ausführungen einzelner Stadtverordneter führten schließlich zu dem Ergebnis, daß die Verordnung in der vorliegenden Form Annahme fand, da eine nach der Annahme vorgenommene Verberichtigung nicht statthaft ist und auch wesentliche Änderungen des Sinnes der Verordnung ergeben könnten.

Billige Kartoffeln der ärmeren Bevölkerung

zuzuführen, war der Zweck eines Antrages des Stadtrats Richter (Soz.). Er wies auf die außerordentliche Not der ärmeren Bevölkerungsschichten hin, die die wahnwitzig angelegenen Kartoffelpreise nicht mehr zahlen können und bat den Magistrat, bald Schritte zu unternehmen, billige Kartoffeln für die Armen zu schaffen.

Stadtrat Tilgner wies auf die schlechten Erfahrungen hin, die die Stadt während des Krieges gemacht habe. Das Wohlfahrtsamt zahle sowieso sogenannte Winterzulagen, die für den Haushaltungsvorstand 40 Mark und für jedes Kind 20 Mark betragen. In Frage kommen ungefähr 7000 bedürftige Familien. Der Landbund habe schon 322 000 Zentner Kartoffeln zum Teil unter dem Erzeugerpreise an die ärmere Bevölkerung abgegeben. Auch die Arbeitgeberhilfe habe Hilfe versprochen und werde so viel Kartoffeln, als zu erreichen sein, kaufen, um sie zu verschenken. 6000 Zentner seien schon bestellt.

Der Antrag wurde angenommen.

Die Anfrage des Stadtrats Darf (Soz.), was der Magistrat zu

Abänderung der Not der Erwerbslosen

zu tun gedenke, deren Unterstützungssätze weit hinter den Preisen der Lebensmittel zurückgeblieben sind, beantwortete Stadtrat

Prescher. Er führte aus, daß die beste Hilfe die Beschaffung von Arbeit sei. Die in der letzten Sitzung bewilligten 2 200 000 Mark für die produktive Erwerbslosenfürsorge werden etwas helfen. Täglich warte er auf die neue Reichsbestimmung, um die Sätze zu erhöhen. Ohne daß das Reich vorangehe, könne die Stadt nichts tun. Darüber hinaus werde versucht werden, Mittel bereitzustellen. Die Arbeitgeberhilfe werde auch Mittel zur Verfügung stellen, um den größten Notständen abzuhelfen. Besonders schwer sind die langfristigen Erwerbslosen betroffen. Man müsse versuchen, ihnen durch Aufnahme besonderer Mittel besonders bei der Beschaffung der Kohle, entgegenzukommen. Gegen die großen Preise, die heute für alles genommen werden, werde eine Kontrollkommission, der erprobte Gewerkschafter angehören, einschreiten. Durch Umleitung dieser Pläne in die Tat hoffe er in der Lage zu sein, die langfristigen Erwerbslosen durch den Winter zu bringen.

Eine ausgedehnte Aussprache gab es bei dem Kapitel Kleinwohnungsbau.

Stadtrat Dr. Haude (Dem.) begründete die Notwendigkeit des Pauses von Kleinwohnungen, für die 27 Millionen gefordert werden. Die ungeheure Steigerung der Baukosten bringe es mit sich, daß die Herstellung einer Wohnung sich auf 120 000 Mark stellt. Gebaut werden müsse aber. Nur über die Art der Dedungsfrage stimmte er mit dem Magistrat nicht überein. Er hielt eine langfristige Anleihe von 50 Millionen Mark für zu teuer.

Stadtrat Kötter (Soz.) empfahl auch den Ausbau der Zahnkassen, der die Wohnungsnot verringern könne.

Stadtrat Dr. Herschel (Ztr.) empfahl einen Förderungsvorschlag, den Münster mit Erfolg anwendet. Die Leute, die Geld haben und nicht bauen, weil ihnen das zu wenig Zinsen einbringt, müssen dazu gezwungen werden. Er gab am viel zu lauen Wohnungsbau

die Schuld dem Achtstundentag.

ohne den sehr viel schneller gebaut werden könnte und führte eine Verordnung der Volksbeauftragten vom November 1918 an, die, wenn ein öffentliches Interesse vorliege, den Achtstundentag wieder zu 10 und mehr Stunden erweitere.

Stadtrat Dr. Sujalowsky verlangt den Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungsbau. Er führte an, daß Häuserverkäufe erfolgen, weil die jetzigen Besitzer die Kosten für die Reparaturen nicht aufbringen könnten. Auch die Mieten könnten so niedrig nicht bleiben und wir werden uns daran gewöhnen müssen, das

Mehrfache der jetzigen Mieten

zu zahlen. Stadtrat Dr. Fuchs spricht zunächst über die Aufbringung und Verwendung der Mittel. Der Ausbau der Zahnkassen sei mit so großen Schwierigkeiten verknüpft, daß darin nur eine geringe Bauzeit zu erwarten sei. Eine einzige Wohnung würde dann 4000 Mark Miete kosten. Er befürchtete, daß die Bauzeit im nächsten Jahre aus Mangel an Arbeitskräften leiden werde. Auch wandern Bauarbeiter der höheren Löhne wegen nach dem Westen ab. Ebenso werden Luxus- und Industriebauten den Wohnungsbau schädigen. Ein Kapitel für sich sei der Verfall der Häuser. Hier werde die Stadt einmischen müssen. Ueber die Summen, die die Wohnungsämter verbrauchen, seien ganz übertriebene Zahlen bekannt. Ein Abbau komme ernstlich nicht in Frage.

Stadtrat Gruschwitz. Daß Stadtverordneter Dr. Herschel gegen den Achtstundentag gesprochen hat, werden ihm die Zentrumsarbeiter so leicht nicht vergessen. Der Bauzeitigkeit der Häuser könne nur eine Gemeinwirtschaftskasse abhelfen. Die Hausbesitzer, die 10—15 Jahre nichts haben reparieren lassen, sind am Verfall der Häuser schuld. Sie haben darauf spekuliert, daß ihnen die Stadt ihre Grundstücke in Ordnung bringt.

Stadtrat Stope (Soz.). Der Mietervertreter des Zehnerausschusses, Herr Dr. Sujalowsky, hat eine Rede für die nolebendigen Hausbesitzer gehalten, während Dr. Herschel geschickt gegen den Achtstundentag sprach. Bauhandwerker sind in andere Betriebe gegangen und müssen wieder herausgeholt werden. An einen Abbau des Wohnungsamtes ist gar nicht zu denken. Wenn schon unter den Augen des Wohnungskommissars es vorkommt, daß arme Leute auf die Straße gesetzt werden, was würde erst nach der Aufhebung des Amtes geschehen?

Stadtrat Hahn: Das Wohnungsamt kostet jährlich 3 Millionen Mark. Das Amt soll keine Wohnungen schaffen, sondern soll die Wohnungen bewirtschaften. Es sind schon so viel Beamte des Wohnungsamtes entlassen worden, daß die übrigen bestehenden der vielen Arbeit wegen unentgeltlich Überstunden machen.

Stadtrat Dr. Herschel verteidigt sich. Er will keinen Angriff gegen den Achtstundentag getan, sondern nur die Verordnung der Volksbeauftragten verlesen haben. (Zwischenrufe.) Während Stadtrat Streit (Dem.) noch länger über den Wohnungsbau spricht und die Frage ohne Hervorhebung politischer Gegensätze behandelt wissen will, versucht Stadtrat Kotte (Ztr.) eine Ehrenrettung für seinen Fraktionskollegen Dr. Herschel. Stadtrat Kötter (Soz.) betont ausdrücklich, daß Überstunden im Tarif vorgelesen seien, auch gemacht werden und wenn daraus, das ihm von der Rechten des Hauses zugerufen wird, nur zu hören zurü.

Die Vorlage wird, was die Bewilligung der Mittel zum Bau anbelangt, angenommen. Ueber die Dedungsfrage werden die Ausschüsse 8 und 5 beraten. Die Stadträte Dr. Herschel und Stope erhalten noch einmal das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Bei der Dringlichkeitsvorlage über die Zulagen und Sittel-erhöhungen beim

Stadttheater

stellt Stadtrat Bandmann (Soz.) noch einmal den vom Ausschuß abgelehnten Antrag, die Preise für Vereinsvorstellungen nicht zu erhöhen. Nach längerer Aussprache wird sein Antrag angenommen. Ferner wird der Magistrat ersucht, einer Verpachtung des Theaters näher zu treten.

Ein zweiter angenommener Dringlichkeitsantrag steht die Erhöhung für Gas, Wasser und elektrischer Strom bereits vor der Ablegung im Dezember ab vor. Die Wertmarken werden sofort zum Preise von 220 Mark das Stück verkauft. Hier Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung werden mit dem Unteranspruch der Betriebsdeputation für die Gaswerke gemeinsam die Richtlinien festlegen, nach denen die billigere Abgabe von Gas an Leute unter 10 000 Mark Einkommen geregelt werden soll. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 1/2 11 Uhr.

• Amerikanisches Weizenmehl. Die Stadtverteilungsstelle ist wieder in der Lage, amerikanisches Weizenmehl abzugeben. Die Verteilung soll in der Zeit vom 28. November bis 24. Dezember 1921 auf die Lebensmittelkarte T 22 stattfinden. Preis 3,60 Mark für 1 Pfund. Da die Bevölkerung die Ware bekommt, empfiehlt es sich, im Interesse einer schnellen Abfertigung in den Verkaufsstellen, daß der lange Verteilungszeitraum auch wirklich ausgenutzt wird.

• Milde Gaben statt Neujahrskarten. Zur Befreiung von förmlichen Neujahrsgrüßwünschen nimmt auch in diesem Jahre die Kathausinspektion — Rathaus, Erdbeisch — Gebildeten entgegen. Die Namen werden im Gemeinde- und im Wohlfahrtsblatt veröffentlicht werden.

• Im Breslauer Erziehungsheim für Hochbegabte Mädchen sind zur Zeit noch einige Plätze frei. Das Heim nimmt geistig schwache Mädchen aller Stände und jeder Konfession im Alter von 14—19 Jahren auf, um sie in allen Zweigen der Haus-, der Garten- und der Landwirtschaft auszubilden und nach Möglichkeit zu einer gewissen Selbstständigkeit im späteren Leben zu bringen. Die beschränkte Zahl der Plätze gewährt dem Heim einen familienhaften Charakter der Anstalt; durch liebevolles Eingehen auf die Eigenart jedes Einzelnen wird den Mädchen das in ihrer früheren Umgebung oft verlorene gegangene Selbstvertrauen wieder gegeben und Arbeitsfreudigkeit anregt. — Anmeldungen nimmt Sekretär Klotz (Häusliche Schulverwaltung, Gartenstraße 8) und die Schriftleiterin Fräulein Rild, Breslau XVII, Wöpelwitzstraße 84, entgegen.



Schweidauerstraße 37.

Eine Warnung an alle Entgleisten

Was ist stärker ? ? ?

Der Taumel der Sinnestlust
oder Eingebildete Moral
in der fesselnden Erstausführung 9516

Der Mann mit der Puppe

Abnormitäten der Großstadtliebe

Ein Roman der unheilbaren schweren Folgen
geschlechtlicher Erkrankungen.
Wilde Genußsucht und sündige
Liebe als Merkmal
der Zeit.

Der heilige Stand der Ehe

10
spannende Akte.
Die Geschichte einer Krankheit.
Wenn man sich einen Mann
kauft. — Die Kokotte Lu. — Der
Fisch des Goldes. — Der Weg zum Selbstmord.

Beginn 8 Uhr. — Einlaß 2 Uhr.



Falterstraße 21-23

Was ist Liebe??

Die Sensation der Berliner Lebewelt

3. Woche verlängert!!

Der Tanz um Liebe u. Glück.

Dazu 2 große Lustspiele:
**Das Filmmir-
zöfchen** | **Seelenretter**
Das Tödtchen von Töden | 2 brillante Akte
des Ufa-Theaters.

Schönheitsinszenen
der Großindustriellen in einem
verbotenen Berliner Nachtbarrett.



Vereinigte Theater in Breslau.
Direktor: Paul Kozan.
Love-Theater. Thalia-Theater.
Freitag den 2. Dezember, 7 1/2 Uhr abends:
Kammingende Serie F.
3. Vorstellung
„Ellion“.

Stadt-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Hans Heiling.
Sensations- und Liebes-
Drama in 5 Akten.
Freitag 9 1/2 Uhr:
Der Schatzkästchen
abends 7 1/2 Uhr: Sigalita.

Schauspielhaus.
Operntheater, Tel. Ring 254.
Freitag und Samstag 7 1/2 Uhr:
Wenn Liebe erweist.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Kaiserin.
Freitag und Sonnabend
7 1/2 Uhr:
Das Hollandweibchen.

Dominikmor!!!
Der große Liebes-
roman
von 27. Nov. bis 3. Dez.
Der Schatzkästchen
Freitag, 7 1/2 Uhr:
Vormittag: Ab 1. Dez.
Wochenend
oder 100. — Nr. 20.



**Kaiser Wilhelm
Theater**
Gartenstraße 97.
Freitag bis Montag:
Der große
Sensations-Spielplan
Harry Piel
in den schönsten u. wagt-
lichsten Abenteuer-
und Sensationsfilmen
**Harry Piel's
schwerster Sieg**
6 Doppelakte.
Freitag
Der glänzendste Lustspiel:
**Wunderwunder
geht los!**
Ein langer Film von
William Keatley.



Nur 4 Tage! Nur 4 Tage!
Freitag bis Montag! 4857
Er ist da, Er ist da, Harry Piel
in dem gewaltigen Film
Über den Wolken
Abenteuer eines Vorgesetzten
in 6 großen Akten.
Außerdem:
Der Grenzüter
Orig. Wild-West-Drama. 4919
Große Kinder-Vorstellung
Freitag und Sonnabend Einlaß 2 1/2 Uhr.
Sonntag Einlaß 2 Uhr.



Nur bis Montag: **Harry Piel**
Der geheimnis-
volle Dolch
= 36 Akte. =
Der Sturz
ins Verderben
—
Grausame
Hände
—
Raubgierige
Feinde
6 Akte
—
Wenn London
schläft
—
Schottland
Flucht
3 Akte



Nur bis Montag: Der
Riesen-Amerikaner:
Sensation: Sensation
Bras Bullet — 36 Akte
Das Panzergeschöß
Verrat über Verrat
Im Wasser u. unter der Erde

**ZEPHER
KINO**
Freitag bis Montag:
Eddi Polo
in dem sensationellen
ameri-
kanische **Harry Piel 36**
Der geheimnis-
volle Dolch
6 Akte. — 36 Akte
I. und II. Abteilung — 12 Akte!
Die Heide in einer Kette

**Jupiter
Lichtspiele**
Westendstraße 50/52.
**Reinhold
Schünzel**
als Zuhälter in
Tänzerin Tod!
Großes Sittenbild aus heutiger Zeit in 5 Akten.
Freitag:
Die Todesfalle u. Episode
aus der Serie:
Maskierte Reiter.
Sonnabend und Sonntag:
in den Kinder-Vorstellungen:
Das reichhaltige Programm!

Variétéschau: Nur im DK-Theater
**Persönl. Gastspiel des edlen Original-
Cherokee-Vollblut-Indianerhäuptlings
Chief Hallstorm: Kriegstänze** u. Indianer-
Gebräuche.
Variété-Schau: Schauburg: Pia u. Cocotruppe
Fliegende
Musik

Kinder-Vorstellung
Freitag bis Montag 4-5 Uhr:
Wunderwunder Lager, Wunderwunder, Wunderwunder
Ab 10 Uhr für Erwachsene:
Das Schatzkästchen, Wunderwunder, 36 Akte.

Gebr. Hänel
Sensations-erzählung
und Rätselroman
Reinhold Schünzel
Freitag, Sonnabend und Sonntag:
in den Kinder-Vorstellungen:
Das reichhaltige Programm!

Sozialdemokratie und Schule Die Volksschule als Einheitschule
Von Heinrich Schulz. — 3,50 RM. — 20% Zuschlag
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen.

**PALAST
Theater**
Freitag bis Montag:
Ferry White
Der Kampf um
Erhebung
nach dem großen Detektiv-
roman: Der Prozess
mit der Tochter
5 spannende Akte
Dazu:
Der große Abenteuerroman:
**Die Gefährte
des Königs**
nach dem Kriminalroman:
Schuld, der Prozess der
Mordtäter
5 Akte
Freitag, Sonnabend und Sonntag:
in den Kinder-Vorstellungen:
Das reichhaltige Programm!

Lieblich-Kabarett
Tanzpalast und Weinrestaurant.
Gespiel Hermann Klink.

Gesellschaftliche Klubs-Garten
— Schellings —
Friedrichstraße 32.
Ab 28. Dezember, jeden Mittwoch:
5 Uhr-Tanz-Tee
Wohn-Klub — Licht-Klub — Kunst-Klub

Wichtig für Käufer!
Wir sind in der Lage, Ihnen heute noch ein
preisliches Angebot zu
Stoffen,
Häute, Leder, Japen, Anzüge
in verschiedenartigster Stoffen
Herrnbekleidungshaus
Friedrichstraße 2, am Hauptbahnhof
Inhaber: Hermann Klink.

**Lichtspiel-
Haus**
Junkernstr. 38
Ecke Mühlendamm

In beiden Theatern:
Violetta Napierska
die einzigartige Darstellerin gewisser Frauen
der Gesellschaft wird den ungeteilten
Belfall unserer Besucher erringen als

MATTHIAS-KINO
MK
Matthiasstraße 38
u. Moltkestraße 9

Die Sklavin ihrer Sinnlichkeit

in dem gewaltigen 5aktigen modernen Sittenfilm:
Die Kette der Schuld

10. Nobody: Die Bande der Unsichtbaren
Lichtspiel-Haus: Beiprogramm: Matthias-Kino:

Der große Detektivfilm:
**Die Verbrecherbande der
„Nattern“**
5 Akte.
Der Führer einer Gesellschaft von Dieben
als „Privatsekretär“ d. Brillantenhändlers
Wir bitten dringend um Besuch
der Nachmittags-Vorstellungen

Erst der Vater, dann der Sohn
Lustspiel in 2 Akten 9458
Große Variété-Schau:
Der urwüchsige Kraftmensch
Apollon
der Steine mit der Hand zertrümmert
und Eisen wie Glas zerbricht
Geschwister Franziska
Jugendliches Tanzpaar mit neuen Tänzen